

Sekretariat Landrat
Rathaus
8750 Glarus

Protokoll

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 27. Juni 2012, um 08.00 Uhr, im Rathaus in Glarus

Vorsitz	Landratspräsident Matthias Auer, Netstal Landratspräsident Fredo Landolt, Näfels
Ratsschreiber	Hansjörg Dürst, Ennenda
Protokoll	Josef Schwitter, Näfels

§ 273 Feststellung der Präsenz

Es sind folgende Landratsmitglieder abwesend:
Anton Bürge, Näfels
Andreas Kreis, Glarus

Während Traktandum 5 (§ 281), Geschäftsbericht 2011 der Kantonsspital Glarus AG, ist Arnold Bachmann, Verwaltungsratspräsident der Kantonsspital Glarus AG, anwesend.

§ 274 Protokolle

Das Protokoll vom 25. April 2012 ist genehmigt.

§ 275 Traktandenliste

Die Traktandenliste wurde im Amtsblatt vom 21. Juni 2012 veröffentlicht und den Mitgliedern zugestellt. – Sie ist unverändert genehmigt.

§ 276 **Vereidigung von zwei neuen Mitgliedern**

(Berichte Regierungsrat, 3.4.2012 und 15.5.2012)

Jacques Marti, 1983, Jurist, von Glarus Süd, in Sool, und Roland Goethe, 1959, Werkzeugmacher, von Schiers GR und Grüşch GR, in Glarus leisten den Amtseid. – Es begleiten sie gute Wünsche in das neue Amt.

Sie ersetzen Hanspeter Toggenburger, Linthal, und Peter Toneatti, Glarus.

§ 277 **Schlussrede des Vorsitzenden**

Matthias Auer hält nach seinem Amtsjahr als Vorsitzender folgende Ansprache: (s. Beilage).

§ 278 **Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und Bestellung des Landratsbüros**

Wahl des Landratspräsidenten

Der einzig vorgeschlagene Fredo Landolt, Näfels, begibt sich in den Ausstand.

<i>Wahl</i>	ausgeteilte Stimmzettel	56
	eingegangene Stimmzettel	56
	leere Stimmzettel	–
	in Betracht fallende Stimmzettel	56

Fredo Landolt ist mit 55 Stimmen als 127. Ratspräsident, erster gewählter Vertreter aus Glarus Nord und neunter Vertreter aus Näfels gewählt. Er übernimmt den Vorsitz.

Fredo Landolt hält folgende Ansprache: (s. Beilage).

Wahl des Landratsvizepräsidenten

Der einzig vorgeschlagene Kaspar Krieg, Niederurnen, begibt sich in den Ausstand. Für ihn amtiert Rolf Hürlimann, Schwanden, für die weiteren Wahlgeschäfte dieses Traktandums als erster Stimmenzähler.

<i>Wahl</i>	ausgeteilte Stimmzettel	56
	eingegangene Stimmzettel	56
	leere Stimmzettel	1
	in Betracht fallende Stimmzettel	55

Kaspar Krieg ist mit 53 Stimmen als Vizepräsident gewählt. – Er nimmt seinen Sitz ein.

Bestellung des Landratsbüros

Bestätigung der bisherigen Fraktionsvertreter

Die bisherigen Fraktionsvertreter Fridolin Hunold, Glarus, Hans Peter Spälti, Netstal, und Fridolin Luchsinger, Schwanden, werden in globo wiedergewählt. – Sie werden in dieser Reihenfolge als Stimmzähler amten.

Wahl des vierten Fraktionsvertreters

Die einzig vorgeschlagene Susanne Elmer Feuz, Ennenda, begibt sich in den Ausstand.

<i>Wahl</i>	ausgeteilte Stimmzettel	56
	eingegangene Stimmzettel	56
	leere Stimmzettel	3
	in Betracht fallende Stimmzettel	53

Susanne Elmer Feuz ist mit 48 Stimmen gewählt. Sie ist vierte Stimmzählerin.

Das Büro ist gewählt. Die Stimmzähler und die Stimmzählerin nehmen ihre Sitze ein.

§ 279

Wahl eines zweiten amtlichen Verteidigers

(Bericht Verwaltungskommission der Gerichte, 7.6.2012)

Der von der Verwaltungskommission der Gerichte zur Wahl empfohlene Jacques Marti, 1983, Landrat, Rechtsanwalt MLaw, in Sool, begibt sich in den Ausstand.

<i>Wahl</i>	ausgeteilte Stimmzettel	56
	eingegangene Stimmzettel	56
	leere Stimmzettel	3
	in Betracht fallende Stimmzettel	53

Jacques Marti ist mit 53 Stimmen für den Rest der Amtsdauer 2010/2014 als zweiter amtlicher Verteidiger gewählt.

§ 280

Genehmigung des Landsgemeindeprotokolls

Das Landsgemeindeprotokoll ist genehmigt.

§ 281

Geschäftsbericht 2011 der Kantonsspital Glarus AG

(Bericht Regierungsrat, 29.5.2012; Geschäftsbericht 2011; Protokollauszug GV betr. Wahlen)

Regierungsrat Rolf Widmer befindet sich als Verwaltungsratsmitglied der Kantonsspital Glarus AG während der Beratung dieses Traktandums im Ausstand.

Marco Hodel, Glarus, bedankt sich für den aussagekräftigen und gut aufgemachten Geschäftsbericht. Im Internet fand er zudem einen Qualitätsbericht zum Jahr 2011. Er regt an, dieses auf Qualitätsstrategie, Qualitätsentwicklung und Zufriedenheitsmessungen eingehende wichtige Dokument künftig dem Geschäftsbericht beizufügen.

Franz Landolt, Näfels, Präsident Kommission Gesundheit und Soziales, bedankt sich namens der Kommission und der CVP/glp-Landratsfraktion bei Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und vor allem beim Personal für die gute Arbeit, die im auch als Arbeitgeber wichtigen Kantonsspital Glarus (KSGL) rund um die Uhr für Kranke, Verletzte und Hilfesuchende geleistet wird. Behörden und Bevölkerung sind sich dessen bewusst, wie die gut ausgebaute Infrastruktur zeigt. Die beste Infrastruktur nützt jedoch nichts, wenn das tägliche Tun nicht mit Fachwissen und vor allem mit Herz erbracht wird; erst dies macht den guten Geist! Die allermeisten Patienten fühlen sich denn auch in der für sie kaum einfachen Lage gut aufgehoben und betreut. – Obschon die erst seit laufendem Jahr geltende Spitalfinanzierung, welche die freie Spitalwahl ermöglicht, den erstmals zu unterbreitenden Geschäftsbericht noch nicht beeinflusste, nimmt doch wunder, wie sie sich auswirkt. Es wurde ja befürchtet, viele Glarnerinnen und Glarner liessen sich dann in grösseren Spitälern behandeln. Kann dazu und zu den Folgen für das KSGL etwas ausgesagt werden?

Arnold Bachmann, Chur, Verwaltungsratspräsident der Kantonsspital Glarus AG, nimmt den Vorschlag, den Qualitäts- dem Geschäftsbericht beizulegen auf, und verspricht, den verdienten Dank dem Personal weiterzugeben, wie dies der Vorredner von ihm und den Medien forderte. – Die neue Spitalfinanzierung scheint sich nicht negativ auszuwirken. Die Fallzahlen stiegen bisher gegenüber dem Vorjahr sogar um über 5 Prozent; das KSGL weist die sehr hohe Quote von 75 Prozent an Eigenbehandlung im stationären und ambulanten Bereich auf; das übrige Viertel begründen schwere Fälle, deren Behandlung spezieller Einrichtungen bedarf. Die Strategie mit Spezialisten vor Ort und Kooperation mit einem Zentrumsspital trägt offenbar Früchte. Der ausgezeichnete Eigenversorgungsgrad scheint trotz der freien Spitalwahl nicht nur gehalten sondern gar ausgebaut zu werden. Im bezüglich Bevölkerungszahl und Spitalinfrastruktur vergleichbaren Liechtenstein beträgt die Quote lediglich 45 Prozent.

Der Landrat hat den Geschäftsbericht 2011 der Kantonsspital Glarus AG, den Bericht der Revisionsstelle und die von der Generalversammlung vorgenommenen Wahlen zur Kenntnis genommen.

§ 282

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Pensionskasse des Kantons Glarus

(Bericht Regierungsrat, 5.6.2012; Geschäftsbericht PKGL 2011)

Peter Zentner, Matt, informiert als Arbeitnehmersvertreter und Präsident des Stiftungsrates der Pensionskasse Glarus (PKGL). – Der Deckungsgrad sank per Ende 2011 auf 96,6 Prozent, stieg danach auf über 100 Prozent und liegt nun bei 98 Prozent. Die Senkung begründen die nicht erreichbare Sollrendite von 3,25 Prozent und um 0,2 Prozent die Umstellung auf die aus der Volkszählung 2010 resultierenden versicherungstechnischen Zahlen. Die PKGL steht im Vergleich mit den anderen öffentlich-rechtlichen Pensionskassen dennoch gut da; deren Deckungsgraddurchschnitt betrug Ende 2011 nur 88,1 Prozent. Jener der privatrechtlichen hingegen liegt mit 103 Prozent deutlich höher. – 2011 traten die Gemeinden Glarus und Glarus Süd, die Technischen Betriebe und die Heime Glarus der PKGL bei; die Zahl der Versicherten stieg um 400 auf 2200 und jene der Rentner um 130 auf 770, was die Verwaltungskosten auf etwa 180 Franken je Mitglied verminderte, obschon darin immer noch Umstellungskosten enthalten sind: Ein im Vergleich ebenfalls guter Wert. Trotzdem will die Organisation optimiert werden. – Die Ende 2013 in Kraft tretenden Vorschriften erfüllt die PKGL bereits. – Momentan herrschen schlechte Zeiten. Die Schwankungsreserven sind aufgebraucht. Solange der Deckungsgrad nicht unter 95 Prozent fällt, werden auf Rat unabhängiger Investmentspezialisten keine Sanierungsmassnahmen ergriffen: Bei Verbesserung von wirtschaftlicher Lage und Aktienmarkt bleibe die Chance auf über 100 Prozent zu kommen eher gewahrt. Die Anlagestrategie im langfristigen Pensionskassengeschäft wird jedenfalls laufend beobachtet. – Trotz der grossen Turbulenzen ist die PKGL für die Zukunft gut gerüstet. Anzugehen sind vor allem technischer Zinsfuss und damit zusammenhängende Grössen. Darüber kann in der paritätisch geführten PKGL aber nicht einfach wie in einer Firma der Verwaltungsrat entscheiden. – Die Mitglieder des Stiftungsrates sind mit grossem zeitlichem Aufwand ohne Eigennutz und Umsatzbeteiligung tätig. Oft sind sie zu ersetzen, was Wissensverlust bedeutet; nur vier der 14 beim Start der PKGL 2006 Gewählten gehören dem Stiftungsrat immer noch an. – P. Zentner versichert, der Stiftungsrat werde sich mit ganzer Kraft für das Wohl der PKGL einsetzen. Wofür er den Mitgliedern dankt, vor allem aber den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle. – Von der verschiedentlich, insbesondere von der Ostschweizer Stiftungsaufsicht St. Gallen geprüften Rechnung ist Kenntnis zu nehmen.

Der Landrat hat von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der PKGL Kenntnis genommen.

§ 283

Ausbildung zur Assistentin / zum Assistenten Gesundheit und Soziales an der Pflegeschule Glarus

(Berichte Regierungsrat, 13.3.2012; Kommission Bildung/Kultur und Volkswirtschaft/Inneres, 5.6.2012)

Fridolin Luchsinger, Schwanden, Kommissionspräsident, beantragt namens der einstimmigen Kommission den Regierungsantrag zur Annahme. – Die Assistenzausbildung ersetzt die bisherige Anlehre, führt aber zu einem Berufsabschluss. Damit soll sich die verkürzte Ausbildungsart für lernschwächere Jugendliche auch im Gesundheitsbereich etablieren, denn oft verfügen gerade schulisch schwächere Menschen im Sozialbereich über Stärken. Im Pflegebereich arbeiten sie als Schwesternhilfen oder nach einer einjährigen Ausbildung des

Schweizerischen Roten Kreuzes als Pflegeassistentin. Die neue Ausbildung öffnet zudem den Zugang zur nächsten, mit verkürzter Lehre erreichbaren Stufe der Fachangestellten Gesundheit. – Es entsteht kein Auffangbecken für all jene, welche keine Lehrstelle finden, denn wegen der dauernden Nähe zu den zu betreuenden Menschen werden hohe Anforderungen an Einfühlungsvermögen und Rücksichtnahme zu erfüllen sein. Vor allem werden Absolvierende der Sekundarstufe II angesprochen. Gestützt auf Umfragen wird von einer in die Pflegeschule integrierten Klasse mit etwa 14 Lernenden ausgegangen, was erlaubt, einige Fächer gemeinsam mit anderen Ausbildungsgängen zu unterrichten. – Bereits bei einer Klasse mit zehn Lernenden liegen die mit 110'000 Franken für den Berufsfachschulunterricht und den grossen Teil der Betreuung angegebenen Jahreskosten tiefer als jene einer ausserkantonalen Lösung. Die Aufwendungen für überbetriebliche Kurse von rund 2000 Franken je lernende Person tragen Kanton und Ausbildungsbetrieb gemeinsam. – Die eigene Lösung mit der Nähe zu den Ausbildungsstätten erlaubt das Nutzen von Synergien, stärkt den Ausbildungsort Glarus und ergänzt den Ausbildungsweg.

F. Luchsinger dankt allen an Vorbereitung und Vorberatung Beteiligten für Mitarbeit und Unterstützung.

Renata Grassi Slongo, Niederurnen, Kommissionsmitglied, unterstützt für die SP-Landratsfraktion die Vorlage. – Sie erachtet diese Ausbildungsmöglichkeit als besonders wichtig für junge Frauen und für unausgebildete Frauen, welche in der Langzeitpflege arbeiten; vor allem für jene mit Migrationshintergrund ist das Risiko höher, sozialhilfeabhängig und/oder arbeitslos zu werden. Da das Angebot auch Erwachsenen offen stehen soll, können Arbeitslose in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Zudem verhilft die niederschwellige Ausbildung schulisch schwachen Personen zum Einstieg ins Berufsleben und dazu, eine höhere Ausbildungsstufe erreichen zu können. Die Möglichkeit, sie in vertrauter Umgebung zu absolvieren, wird die Hemmschwelle für den Einstieg bedeutend verringern. Rekrutierung und Betreuung durch die Pflegeschule gibt Konstanz im Umgang mit den Lernenden, die eventuell aus schulischen und sozialen Gründen mehr Betreuung benötigen als Lernende der höheren Stufen. – Dass 30 Prozent der die Schulzeit Beendenden keine Ausbildung machen, erschreckt. Die Attestausbildung wirkt dem entgegen.

Abstimmung: Der Landrat hat der Einführung der Ausbildung zur Assistentin / zum Assistenten Gesundheit und Soziales an der Pflegeschule Glarus zugestimmt.

§ 284

Jahresplanung 2012/2013, Übersicht Landsgemeindegeschäfte 2013

(Bericht Regierungsrat, 15.5.2012)

Hans Peter Spälti, Netstal, ersucht darum, Terminverschiebungen – auch beim nachfolgenden Traktandum – zu begründen. Es wurde das Steuergesetz um einen Monat nach hinten verschoben, bei den „grösseren Geschäften der Departemente“ stehen beim Projekt „Verwesentlichung der Rechtsetzung und Effizienzanalyse“ zwei Termine und die „Kenntnisnahme strategische Gesundheitsplanung“ zeigt ebenfalls einen anderen Termin als zuvor. – Im Herbst sind die Kommissionssitzungen zu planen und aufeinander abzustimmen; dafür ist Kenntnis der Erscheinungstermine der Unterlagen nötig.

Fridolin Dürst, Obstalden, erinnert daran, dass die Revision des Strassengesetzes bereits der diesjährigen Landsgemeinde vorgelegt werden wollte. Da die Zeit für gründliche Vorbereitung als zu eng erschien, wurde die Vorlage auf jene von 2013 verschoben. – F. Dürst

bittet das zuständige Departement, für die Landratsarbeit an dieser sehr wichtigen Vorlage genügend Zeit einzuräumen und bedankt sich im Voraus für die Erfüllung seines Wunsches.

Regierungsrat *Röbi Marti* nimmt die Hoffnung des Präsidenten in der Antrittsrede auf und bestätigt, die Unterlagen würden wenn immer möglich laut Terminplanung an den Landrat gelangen; das Strassengesetz wird dementsprechend im August dem Regierungsrat zur Beratung vorliegen. Danach sind aber die Kommissionen für den Arbeitsfortschritt zuständig, was, wie Erfahrungen belegen, ebenfalls zu Verzögerungen führen kann.

Der Rat hat von der Jahresplanung 2012/2013 und der Übersicht der Landsgemeindeschäfte 2013 Kenntnis genommen.

§ 285

Legislaturplanung 2010/2014: Stand der Umsetzung per Mitte 2012

(Bericht Regierungsrat, 15.5.2012)

Hans Peter Spälti, Netstal, weiss, dass Planungen aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden. Es stünde dem Regierungsrat gut an, hier und bei der Jahresplanung Verschiebungen zu präzisieren. Die Landsgemeindeschäfte waren in der elfjährigen Zugehörigkeit des Redners zum Landrat terminlich noch nie so gut wie im vergangenen Amtsjahr abgewickelt worden, wozu die Vorsitzenden der Kommissionen mit ihrer Termineinhaltung beigetragen hatten. – Unter Ziffer 2.8., Umwelt, ist bei „Schaffung von Wildruhegebieten“ 2012 als Terminänderungen fett markiert. 2009 war nach drei, vier Workshops zusammen mit den neuen Gemeinden ein Konzept dazu verabschiedet worden. Anschliessend wurde eine Vernehmlassung durchgeführt, um im Herbst 2010 mit den Markierungen beginnen zu können. Nun ist es aber 2012, was den Stellenwert solcher Aussagen zu zeigen vermag, selbst wenn es sich nicht um ein vordringliches Thema handelt. Dennoch hätte sich zu Gunsten der Transparenz neben der Kennzeichnung der Verschiebung eine Erklärung dazu und zum Stand der Umsetzungsarbeiten gehört; bei wichtigeren Themen wäre dies noch angebracht.

Landammann *Andrea Bettiga* hat Wünsche und geäusserte Bedürfnisse zur Kenntnis genommen. Er hofft aber, dass einmonatliche Verschiebung keiner Begründung bedarf, sonst weckte dies Fragen bezüglich Ressourcenbedarf und Effizienz.

Der Landrat hat vom Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung des Legislaturprogramms per Mitte 2012 Kenntnis genommen.

§ 286

Motion Karl Mächler, Ennenda, „Änderung Energiegesetz“

(Bericht Regierungsrat, 27.3.2012)

Der *Vorsitzende* gibt bekannt, die Kommission Energie und Umwelt habe mit Datum vom 23. Mai 2012 einen Bericht vorgelegt, der aber den Weg nur ins Internet, nicht aber in

Papierform zu den Landratsmitgliedern fand. Da die Kommission mit der Regierung einig geht, wird die Beratung dennoch durchgeführt. – Der Bericht wird zuhanden der zweiten Lesung zugestellt.

Eintreten

Karl Mächler nennt Stichworte zum sehr komplexen und weiterhin stark fordernden Thema: Energiepolitik, Energie und Umwelt, Reduzieren des Energieverbrauchs, Fördern erneuerbarer Energien. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung stellt aus energietechnischer Sicht zwar keinen grossen Wurf, aber doch einen kleinen Schritt gegen Bürokratisierung dar. – K. Mächler hofft daher, der Rat stimme der Vorlage unverändert zu, womit die Motion als erledigt abgeschlossen werden könnte.

Peter Zentner, Matt, Kommissionspräsident, entschuldigt sich für das unterbliebene Versenden des Kommissionsberichts und beantragt namens der Kommission, dem Regierungsantrag zu folgen. – Erneuerbare Energien, beim Antrag geht es um Strom aus Sonne, sind möglichst unbürokratisch zu fördern. Die Bewilligungspflicht nach Energiegesetz kann aufgehoben werden; diejenige gemäss Raumplanungs- und Baugesetz hingegen bleibt bestehen. – Die Leistungsschwelle wurde auf 50 kW gesenkt, was aber erst Anlagen ab etwa 300 m² betrifft.

P. Zentner dankt Kommissionsmitgliedern und allen übrigen an der Vorbereitung und Beratung Beteiligten für die Mitwirkung.

Detailberatung

Regierungsrat *Röbi Marti* bestätigt, die Vorlage senke den administrativen Aufwand deutlich. Die Änderung wird Ärger vermindern und beim Umsetzen von Vorhaben hilfreich sein.

R. Marti dankt dem Motionär für die Anregung und der Kommission für die konstruktive Arbeit.

Die Gesetzesänderung bedarf einer zweiten Lesung.

§ 287

Motion Fridolin Staub, Bilten, „Gleichzeitige Zustellung von Wahlunterlagen“

(Bericht Regierungsrat, 24.4.2012)

Fridolin Staub dankt für Abklärungen und Stellungnahme. – Sein Vorstoss gilt der Wahl, an der erstmals 16- bis 18-Jährige stimmberechtigt waren. Die Abklärungen dazu zeigen nun unterschiedliches Umsetzen geltenden Rechts in Glarus Nord. Wäre die Handhabung hier gleich wie in den beiden anderen Gemeinden gewesen, hätte es der Motion nicht bedurft. In Glarus Nord vergab die gemeindeeigene Firma Glarus hoch3 den Verpackungsauftrag ausserkantonale, obschon es anders möglich gewesen wäre, wie das Vorgehen der beiden anderen Gemeinden belegt. – Glarus Nord hätte seit Einreichung des Vorstosses erklären können, sich der Praxis von Glarus und Glarus Süd anzupassen. Da dies nicht geschah, ist die Motion zu überweisen, denn es kann nicht sein, dass über 40 Prozent der Stimmberechtigten anders als die übrigen behandelt werden.

Martin Laupper, Näfels, Gemeindepräsident Glarus Nord, erläutert, die Unterlagen seien über die eigene Informatikfirma Glarus hoch3 elektronisch verpackt worden. Probleme ergaben sich, weil die 16- bis 18-Jährigen nur für die Ständeratswahlen stimmberechtigt waren. Deren Unterlagen wurden nicht elektronisch sondern von den eigenen Lehrlingen couvertiert. Wäre von der Post gleichzeitige Verteilung verlangt worden, hätte das Porto 50 Rappen je Stimmcouvert mehr gekostet. Da aus Kostengründen darauf verzichtet wurde, kam es zu unterschiedlichen Zustelldaten. – Eine Vorgehensänderung wird derzeit unter Beizug der Lösung von Glarus Süd geprüft.

Landammann *Andrea Bettiga* versteht die verwirrende Wirkung, doch handelt es sich nicht um eine gesetzgeberische sondern um eine rein organisatorische Frage. Eine solche ist aber angesichts der Vielfalt von Rechtserlassen nicht gesetzlich zu regeln. Im Interesse effizienten Arbeitens ist die Motion abzulehnen.

Abstimmung: Die Motion ist abgelehnt.

§ 288

Postulat CVP Landratsfraktion „Konkordat zum Jugendmedienschutz“

(Bericht Regierungsrat, 15.5.2012)

Bruno Gallati, Näfels, dankt im Namen der CVP-Landratsfraktion dem Regierungsrat für die Antwort und erklärt sich mit der Abschreibung einverstanden. – Die Situation bezüglich Jugendmedienschutz hat sich seit der Einreichung des Postulats 2008 erheblich verbessert. Eine Lösung ist in Sicht. Es wurde die Vereinbarung „Jugendschutz im Film“ abgeschlossen, und der Bund startete entsprechende Kampagnen. Die Entwicklung erfüllt damit zum grossen Teil die Forderungen des Vorstosses.

Abstimmung: Das Postulat ist als erledigt abgeschrieben.

§ 289

Postulat SP Landratsfraktion „Bericht zur Pensionskasse des Kantons Glarus“

(Bericht Regierungsrat, 22.5.2012)

Thomas Kistler, Niederurnen, bedankt sich namens der SP-Landratsfraktion für den Bericht der Regierung und für die heutigen Aussagen des Stiftungsratspräsidenten zur Zukunft der Pensionskasse (PKGL). – Auch die SP wünscht sich eine völlig gesunde PKGL und fände es am angenehmsten, wenn diese aufgrund eines guten wirtschaftlichen Umfeldes rasch wieder grosse Reserven aufzubauen vermöchte. Leider ist das nicht der Fall. Zumindest bei den Anlagen gab es 2011 noch immer ein Problem; der Geschäftsbericht zeigt ein Minus von 5 Prozent. – Vergleiche sind nur bedingt angebracht und dass es anderen schlechter geht, vermag nicht zu trösten. Tatsache ist: Ende 2011 fehlten der PKGL 3,4 Prozent oder 18,75 Millionen Franken zur Deckung aller Ansprüche, und es ist eine Wertschwankungsreserve von 94 Millionen statt von 0 Franken vorgegeben: Die totale Höhe der fehlenden Summe ist schwindelerregend! Umso mehr erstaunt die plakative und in sehr saloppem Stil gehaltene

Würdigung des Vorstosses. – Es bleibt zu hoffen, der Regierungsrat bekomme Recht, es seien die Befürchtungen unzutreffend, Massnahmen unnötig, alles Gewünschte umsetzbar, das Hinderliche abgewendet. Immerhin wirkt die Zusicherung beruhigend, der Regierungsrat werde die Situation der PKGL unabhängig davon, ob alle anderen betroffen sind oder nicht, im Detail prüfen, was zu hilfreichen Erkenntnissen führen könnte; gerade deswegen wird die Auslegeordnung gefordert.

Martin Laupper, Näfels, äussert sich zu der im Bericht erwähnten Hoffnung, der „dritte Beitragszahler“ (die Finanzmärkte) möge wieder verlässliche Beiträge zahlen und damit das Problem lösen. – Die PKGL hat die Schwankungsreserven aufgebraucht und ihre technischen Parameter (Umwandlungssatz, technische Verzinsung) sind bekanntermassen viel zu hoch, und sie braucht mehr Rendite, um die versprochenen Leistungen finanzieren zu können. – Seit 2000 veränderten sich die Finanzmärkte völlig. Die Zinsen sanken stetig. Werden 4 Prozent garantiert, im risikolosen Marktumfeld aber lediglich 1 bis 1,5 Prozent erreicht, fehlt die Differenz. Der Kanton versucht nun, diese mit Risikoanlagen zu decken, indem er 30 Prozent an Aktien dafür einsetzt. Weil so der Aktienanteil verspielt werden könnte, wären dafür hohe Reserven Voraussetzung, über die der Kanton aber nicht verfügt. Da das Problem in die Millionen von Franken geht, geht es um die Sicherheit der PKGL, und es muss eine risikogerechte Situation erreicht werden. Das Risiko darf nicht auf die Steuerzahlenden verteilt werden, sondern Korrekturen sind verantwortungsbewusst frühzeitig selbst vorzunehmen, indem versucht wird, den leider geänderten Finanzverhältnissen gerecht zu werden. – Es geht nicht an, das Problem als gesamtschweizerisch zu verniedlichen; es ist unser Problem! – Den zentralen Fragen sind Antworten gegenüberzustellen.

Regierungsrat *Rolf Widmer* bestätigt den von den Vorrednern erwähnten Handlungsbedarf, der aber nicht die PKGL sondern das gesamte schweizerische Pensionskassenwesen betrifft. Die PKGL ist gesund. Wäre dies nicht der Fall, griffen Stiftungsaufsicht und Experte für berufliche Vorsorge ein, da die Pensionskassen sehr strikten Regeln unterstehen. Der Vergleich ist zulässig, weil alle im gleichen Boot sitzen, alle die Vorgaben des Gesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) einzuhalten und alle das Geld an den Finanzmärkten anzulegen haben. Deshalb kann sich eine einzelne Pensionskasse kaum anders entwickeln. Die PKGL muss 550 Millionen Franken Vermögen irgendwo anlegen. Sichere zehnjährige Bundesobligationen zu kaufen erbrächte lediglich 0,6 Prozent, so dass bei allen, die sich mit den Fragen der beruflichen Vorsorge beschäftigen, Ratlosigkeit herrscht. Es werden denn auch schätzungsweise keine 10 bis 20 Prozent der Pensionskassen über eine genügende Wertschwankungsreserve verfügen. – Die technische Verzinsung stellt das zentrale Problem, und zwar ebenfalls für alle, dar. Einst waren 4 Prozent sicher erzielbar, nun ist das illusorisch geworden. Die Nationalbank verfolgt nun ein Wechselkursziel; ergibt sich deswegen eine Inflation, werden 4 Prozent wegen den steigenden Nominalzinsen wieder problemlos erreichbar sein. – Die Einflussgrössen sind zusammen zu beobachten. Der Stiftungsrat analysiert momentan technischer Zins- und Umwandlungssatz, und er wird die Parameter anzupassen haben. Der Einfluss der Politik, resp. des Regierungsrates, auf die als Stiftung organisierte PKGL ist begrenzt. Dem 14-köpfigen Stiftungsrat gehören lediglich vier Vertreter des Kantons an, je zwei Arbeitgeber-/Arbeitnehmervertreter. Um eine Mehrheit zu erreichen, sind sie auf die Stimmen anderer Mitglieder angewiesen. – Denkbar wäre, die in der Stiftungs-urkunde festgehaltene Staatsgarantie aufzugeben, da es sie in diesem Bereich auch nicht braucht. Müsste nämlich die PKGL wegen sehr negativer Entwicklung der Finanzmärkte saniert werden, hätte der Kanton als Arbeitgeber seinen Beitrag zu leisten. Das ist momentan aber kein Thema; die im Mittelfeld aller PK liegende PKGL ist gesund. Die Bedenken sind ernst zu nehmen, doch ist der eigene Einfluss sehr begrenzt. – Der Vorstoss ist zu überweisen, dann wird sich die Regierung mit einer Vorlage wieder an den Landrat richten.

Abstimmung: Das Postulat ist überwiesen.

§ 290

Postulat CVP Landratsfraktion „Suchtmittelfreie Zonen“; Fristerstreckungsgesuch

(Bericht Regierungsrat, 12.6.2012)

Marco Hodel, Glarus, ist namens der CVP-Landratsfraktion mit der Fristerstreckung einverstanden. Doch sind Gesundheitsförderung und Prävention bei Jugendlichen derart wichtig, dass das diesbezügliche Massnahmen fordernde Postulat innerhalb des erweiterten Zeitraums zwingend umzusetzen ist. Andere Kantone taten es bereits. Gesundheitsförderung und Prävention sind aber so komplexe Themen, dass das Konzept, gestützt auf das Leitbild, breiter Vernehmlassung zu unterziehen ist.

Abstimmung: Die Fristerstreckung ist gewährt.

§ 291

Interpellation Fraktion Grüne des Kantons Glarus „zum Umgang mit Asbest“

(Bericht Regierungsrat, 29.5.2012)

Myrta Giovanoli, Ennenda, dankt für die Beantwortung und begrüsst die darin erwähnten Massnahmen. – Die grösste Gefährdung besteht laut den Unterlagen bei Umbauten durch Heimwerker. Deshalb wäre es zu begrüssen, wenn alle drei Gemeinden, und nicht nur Glarus Nord, bei Umbaubewilligungen ein Merkblatt dazu abgäben. Zudem wäre zu überlegen, wie die Bevölkerung allgemein über die Folgen von Kontakt mit Asbestfasern informiert werden könnte. Nicht bewilligungspflichtige Renovationen werden oft selbst durchgeführt, was noch gefährlicher ist, weil es dabei an Wissen fehlt. Periodische Hinweise auf die Asbestgefährdung bei Umbauten in der Presse oder auf anderem Wege könnten dies ändern. Wegen des Standortes der Eternit AG, die bis in die 90er-Jahre asbesthaltige Materialien produzierte, weisen in unserem Kanton besonders viele ältere Gebäude asbesthaltige Bausubstanz auf. – Wünschenswert wäre zudem das Gewähren kantonaler Fördergelder bei Sanierung grossflächiger asbesthaltiger Dächer, wenn damit Sonnenenergienutzung ermöglicht wird. Dies fordert z.B. ein im Kantonsparlament St. Gallen gestellter Antrag. – Die Grünen werden mit Interesse verfolgen, was Kanton und Gemeinden bezüglich des Themas „Umgang mit Asbest“ unternehmen.

§ 292

Mitteilungen

Der *Vorsitzende* teilt mit, die Junge SVP habe den Memorialsantrag „Verkehrsmassnahmen für den Glarner Hauptort“ zurückgezogen.

An Einladungen gingen ein: Vernissage zur Dauerausstellung zur Glarner Geschichte im Freulerpalast; Besuch der Psychiatrischen Dienste und des Kantonsspitals des Kantons Graubünden. Beides verdient vielzählige Teilnahme; besonders legt der Vorsitzende den Mitgliedern den Besuch der beiden Institutionen in Graubünden ans Herz. – Büromitglieder und Kommissionsvorsitzende hat er zu „sommerlichen Sulzbodengesprächen“ eingeladen.

Als Sommerlektüre empfiehlt er das Studium des aufgelegten Amtsberichts 2011.

Für die Fraktionsausflüge wünscht er viel Vergnügen. Es besuchen die BDP den Mittelpunkt des Kantons Glarus in Haslen und danach Leuggelen, die CVP/glp das Oberseetal, die FDP das Hochwasserschutzprojekt „Oberdorfbach und Zuflüsse“ in Glarus, die Grünen Aeugsten, wo sie sich über den Weltnaturerbetourismus informieren lassen, die SP das Seminarhotel Lihn in Filzbach und die SVP das dortige Sportzentrum.

Schliesslich verabschiedet er Fridolin Hunold, Glarus, und Andreas Kreis, Glarus, mit charakterisierenden und anerkennenden, dankbaren Worten; mit den beiden Rücktritten verliere der Rat zwei markante und engagierte „grüne“ Kollegen. – Er erhofft sich für sie Erfolg, Gesundheit und Glück im beruflichen wie privaten Leben und für alle andern eine gute Sommerzeit sowie tatendurstige Rückkehr nach erholsamen Ferien.

Die auf den 22. August angekündigte Sitzung fällt aus; die nächste Sitzung findet somit am 26. September 2012 statt.

Schluss der Sitzung: 10.30 Uhr (aus Rücksicht auf die Fraktionsausflüge dauerte die Pause nur 10 Minuten).

Die Präsidenten:

Der Protokollführer: